

Gemeinsame Positionierung von Abgeordneten aus dem Münsterland, aus Ostwestfalen und dem Sauerland zum Thema Fracking

Das Thema „Fracking“ schlägt nun wieder hohe Wellen. Noch vor der parlamentarischen Sommerpause soll ein von den zuständigen Bundesministerien – Wirtschafts- und Umweltministerium – abgestimmtes Eckpunktepapier zur Änderung des Wasserhaushalts- und des Bergschadensrechts vorliegen.

Diese Ankündigung haben wir als CDU Abgeordnete aus dem Münsterland, aus Ostwestfalen und dem Sauerland zum Anlass genommen, um erneut über das Thema Fracking zu beraten.

Bereits in der letzten Legislaturperiode haben wir als Abgeordnete aus den besonders betroffenen Gebieten Westfalens und Bayerns eine gemeinsame Position vertreten. Wir haben innerhalb unserer Fraktion kontrovers diskutiert und sind letztlich zu dem Entschluss gekommen, die Erdgasförderung in Deutschland vor der Bundestagswahl nicht neu zu regeln.

Im Koalitionsvertrag heißt es nun: „Nach den vorliegenden Untersuchungen zur Umweltrelevanz ist der Einsatz der Frackingtechnologie bei der unkonventionellen Erdgasgewinnung – insbesondere bei der Schiefergasförderung – eine Technologie mit erheblichem Risikopotential. Die Auswirkungen auf Mensch, Natur und Umwelt sind wissenschaftlich noch nicht hinreichend geklärt. Trinkwasser und Gesundheit haben für uns absoluten Vorrang. Den Einsatz umwelttoxischer Substanzen bei der Anwendung der Frackingtechnologie zur Aufsuchung und Gewinnung unkonventioneller Erdgaslagerstätten lehnen wir ab. [...] Auch die Entsorgung des Flowback aus Fracking-Vorgängen mit Einsatz umwelttoxischer Chemikalien in

Versenkbohrungen ist wegen fehlender Erkenntnisse über die damit verbundenen Risiken derzeit nicht verantwortbar. Die Koalition wird unter Einbeziehung der Länder und der Wissenschaft in einem gemeinsamen Prozess mit den Unternehmen erarbeiten, welche konkreten Erkenntnisse die Erkundungen liefern müssen, um Wissensdefizite zu beseitigen und eine ausreichende Grundlage für mögliche nachfolgende Schritte zu schaffen. [...] Die Koalition wird kurzfristig Änderungen für einen besseren Schutz des Trinkwassers im Wasserhaushaltsgesetz sowie eine Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) bergbaulicher Vorhaben vorlegen, die vor Zulassung von Maßnahmen zur Aufsuchung und Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten mittels Fracking eine obligatorische UVP und Öffentlichkeitsbeteiligung vorsieht.“

Wir als Abgeordnete aus den besonders betroffenen Gebieten Westfalens sind nach wie vor gemeinsam der Auffassung, dass die Wissensdefizite nicht ausgeräumt sind und daher die Auswirkungen der Technologie auf den Menschen, die Umwelt und das Trinkwasser nicht hinreichend geklärt sind.

Zudem hat sich die CDU in Nordrhein Westfalen auf ihrem Landesparteitag im Jahr 2014 klar gegen Fracking positioniert. Sie lehnt die Erdgasgewinnung aus unkonventionellen Lagerstätten durch Fracking nach dem jetzigen Stand der Technik ab. Die Ausbeutung dieser Lagerstätten könne erst dann zugelassen werden, wenn sie technisch ohne den Einsatz wassergefährdender Stoffe möglich sei. Fracking mit wassergefährdenden Stoffen in den Böden bzw. im Grundwasser käme als Instrument der Rohstoffgewinnung nicht in Frage.

Nach wie vor wird in unseren Wahlkreisen klar ablehnend und hoch emotional über das Thema Fracking gestritten. Viele Bürgerinnen und Bürger haben kein Vertrauen in diese Fördertechnologie und trauen uns als Gesetzgeber nicht zu, einen ausgewogenen Gesetzentwurf, der die Umwelt und die Bürger vor den Risiken dieser umstrittenen Technologie schützt, vorzulegen. Als Volkspartei sollten wir die Sorgen unserer Bürger ernst nehmen und nicht über sie hinweg abstimmen.

Fracking sollte in Deutschland solange untersagt werden, bis die Technologie ohne wassergefährdende Stoffe eingesetzt werden kann und bis gesicherte wissenschaftliche Studien vorliegen, die Schäden für Mensch und Natur völlig ausschließen.

Sybille Benning

Ralph Brinkhaus

Cajus Caesar

Christian Haase

Anja Karliczek

Dr. Carsten Linnemann

Dr. Tim Ostermann

Johannes Röring

Karl Schiewerling

Bernhard Schulte- Drüggelte

Reinhold Sendker

Prof. Dr. Patrick Sensburg

Jens Spahn

Heinrich Zertik